

## Spanien

ESTHER BARBÉ

1992 ist als das Jahr Spaniens bezeichnet worden. Die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele in Barcelona, die Durchführung der Weltausstellung EXPO in Sevilla und das Treffen des zweiten Iberoamerikanischen Gipfels in Madrid gehören zu den herausragendsten Vorkommnissen des Jahres. 1992 war auch das Jahr, in dem die sozialistische Arbeiterpartei Spaniens PSOE ihr Jubiläum feierte: Seit zehn Jahren stellt sie die Regierung in Madrid. In den großen Ereignissen des Jahres finden sich auch die zwei gedanklichen Richtlinien der sozialistischen Regierungspolitik wieder: die Verteidigung des spanischen demokratischen Nationalismus und die Modernisierung des Landes. Der spanische demokratische Nationalismus bildet die Voraussetzung für die Versöhnung mit der Vergangenheit spanischer Kolonialgeschichte und findet seinen Ausdruck vor allem in den Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas. Die Modernisierung der Gesellschaft läßt sich am eindringlichsten durch infrastrukturelle Maßnahmen wie der Einführung des Hochgeschwindigkeitszuges demonstrieren sowie in der neuen Fähigkeit zur Organisation und Durchführung von Großveranstaltungen erkennen.

Der Einfluß und Handlungselan Spaniens auf internationalem Parkett drückt sich aus in seiner Kandidatur für den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Spanien begründete seinen Antrag damit, daß es – gemessen an der Zahl der Offiziere und Unteroffiziere, die es den Vereinten Nationen zur Verfügung stelle – ein weltweit führendes Land sei. Das zeige auch die spanische Anwesenheit in Bosnien-Herzegowina. Der spanische Antrag wurde angenommen.

Die zunehmende Internationalisierung Spaniens sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Regierung von Felipe González Europa in ihrer Außenpolitik immer oberste Priorität gibt. Dies betonte auch der neue spanische Außenminister Javier Solana<sup>1</sup>, der die Nachfolge des verstorbenen Fernández Ordóñez angetreten hat.

1992 hat die Regierung ihre 1991 entwickelte Politik tendenziell fortgesetzt, den europäischen Einigungsprozess durch klar formulierte eigene Interessen zu beeinflussen und zu verteidigen: Spanien möchte als "große Macht des Südens"<sup>2</sup> gelten. Parallel dazu hat das starke Engagement Spaniens an der Weiterführung der europäischen Integration im eigenen Land kritische Stimmen geweckt. Die Zahl der Unzufriedenen mit der Europapolitik der Regierung González nimmt kontinuierlich zu.

*Die Verteidigung des Maastrichter Vertrages*

Die spanische Regierung sah das Jahr 1992 als ein "window of opportunity" für die europäische Integration. Felipe González verteidigte den Unionsvertrag aufs äußerste sowohl auf nationaler Ebene als auch in der Gemeinschaft. Für ihn ist der Vertrag ein entscheidender Schritt in Richtung einer stärkeren Integration oder einer beginnenden europäischen Desintegration. Seine Interventionen zugunsten Europas müssen vor dem Hintergrund dieser Einschätzung interpretiert werden, zumal González mit Maastricht und seiner Verteidigung "zum ersten Mal die Einflüsse Spaniens sichtbar hervorgehoben hatte"<sup>3</sup>, wie Javier Solana treffend formulierte. Den Stellenwert, den der Präsident diesem Thema zuspricht, zeigte die parlamentarische Debatte zur Lage der Nation, in der einmal mehr deutlich wurde, daß die Konstruktion eines gemeinsamen Europa das zentrale Anliegen der Politik von González ist<sup>4</sup>.

Die Standfestigkeit Spaniens in der Verteidigung des Maastrichter Vertrages wird besonders während der schwierigen Verhandlungen über den Unionsvertrag, in den Tagen der Währungskrise im September und in der Reaktion auf die Ergebnisse des französischen Referendums deutlich. Trotz eines breiten Meinungsspektrums – vor allem unter spanischen Politikern und Ökonomen –, daß der Maastrichter Vertrag einer Neuverhandlung oder zumindest einer Flexibilisierung bedürfe – eine Meinung die sogar vom spanischen Wirtschaftsminister Carlos Solchaga vertreten wird<sup>5</sup> – bekräftigte der Regierungschef seinen Widerwillen gegen eine Nachverhandlung des Vertragswerks. Diese Position vertrat González auch auf dem Sondergipfel in Birmingham.

Im Laufe des Jahres 1992 entwickelte sich Felipe González zum "Verteidiger der Orthodoxie" gegenüber den desintegrierenden Faktoren der Gemeinschaft: dem vom Dänemark beantragten Sonderweg im Integrationsprozeß, dem britischen Bemühen um eine Neuinterpretation des Maastrichter Vertrages auf der Grundlage neuer Subsidiaritätskonzeptionen und der britischen Politik einer Verlangsamung des Ratifizierungsprozesses.

Im Zuge des Drängens auf eine schnelle Ratifizierung und eines baldigen Inkrafttretens des Unionsvertrages hat der spanische Premierminister bei verschiedenen Anlässen den portugiesischen und britischen Regierungschef kritisiert. Den britischen Vorschlägen zu einer neuen Haushaltspolitik ohne das Prinzip der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion – eine völlig gegen die spanischen Interesse laufende Politik – setzte González ebenso entschiedenen Widerstand entgegen wie dem britischen Versuch einer Neuinterpretation des Subsidiaritätsprinzips. Wenige Tage vor dem Sondergipfel in Birmingham schickte González John Major einen persönlichen Brief, in dem er seine ablehnende Position bekräftigte. Spanien interpretiere, wie Javier Solana verdeutlichte, das britische Vorgehen als einen Versuch, das institutionelle Gleichgewicht innerhalb der Gemeinschaft zum Nachteil des Initiativrechts der EG-Kommission zu gefährden.

Während der portugiesischen Präsidentschaft zeigte sich die spanische Regierung von dem portugiesischen Beschluß irritiert, zu keinem Sondergipfel vor dem Rattreffen im Juni 1992 einzuladen, obwohl Spanien auf die Einrichtung des

Kohäsionsfonds drängte<sup>6</sup>. Gerade angesichts der Tatsache, daß die zwei darauffolgenden Präsidentschaften bei dem Vereinigten Königreich und Dänemark lägen, die den nach spanischen Vorstellungen antagonistischen Modellen den Vorzug gäben, bewertete Madrid Portugals Vorsitz als "eine verlorene Chance", die Interessen des Südens in der Gemeinschaft nachdrücklich zu vertreten.

Die Hartnäckigkeit, mit der die spanische Regierung die Einberufung eines Sondergipfels während der portugiesischen Präsidentschaft forderte, scheint den Eindruck zu vermitteln, daß Spanien die Bildung eines intergouvernementalen Institutionalismus fördere<sup>7</sup>. Tatsächlich bestärkte González die intergouvernementale Option angesichts einer zukünftigen Erweiterung der Gemeinschaft durch den Vorschlag, ein Direktorium zu schaffen, ausgestattet mit größeren Befugnissen als der gegenwärtige Europäische Rat und zusammengesetzt aus nur fünf Staaten, darunter selbstverständlich auch Spanien. Das Bild eines "De Gaulle des Südens"<sup>8</sup> wurde in Frankreich alles andere als positiv aufgenommen.

Im Laufe des Jahres 1992 distanzierte sich die spanische Regierung von der föderalistischen Position, wie sie von Jacques Delors vertreten wird, um, im Gegensatz zur britischen Position, einen dritten Weg für zukünftige institutionelle Reformen zu suchen. Dieser Weg basiert auf dem Konzept der großen Staaten, die eine Erweiterung ihres Handlungsrahmens, ihrer Interessen und ihrer Sprachen sowie eine Erhöhung der Anzahl ihrer Kommissare bei gleichzeitiger Verteidigung des Prinzips der solidarischen Gemeinschaft anstreben. Spanien rüstet im Hinblick auf die unausweichliche Erweiterung der Gemeinschaft in den reichen und anti-föderalistischen Norden gedanklich auf.

In der Frage Vertiefung oder EG-Erweiterung, verfolgt die Regierung in Madrid das Ziel, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auszubauen und zu verstärken. In diesem Sinne müssen auch die vielfältigen Bekundungen Madrids für eine eigenständige europäische Politik mit eigenem Instrumentarium im Rahmen der GASP gegenüber dem ehemaligen Jugoslawien, die Anwesenheit spanischer Flottenverbände in der Adria, der offizielle Beobachterstatus im Generalstab der französisch-deutschen Truppenverbände und – mehr symbolisch – die Entscheidung der Regierung, einen neuen Botschafter in Brüssel für die Westeuropäische Union (WEU) zu benennen, gesehen werden. Mit letzterem Schritt, den Frankreich bereits vorexerziert hatte, sollte die WEU als eigenständige europäische Sicherheitsinstanz gegenüber der NATO aufgewertet werden. In der Jugoslawien-Frage war die spanische Position eher von Zurückhaltung geprägt, und zwar sowohl in der Frage einer militärischen Intervention in Bosnien als auch hinsichtlich einer Anerkennung Makedoniens. Gerade hier darf nicht außer acht gelassen werden, daß sich solcherlei Fragen angesichts eigener, ungelöster Staatsstrukturfragen für die spanische Regierung als höchst prekär erweisen können: baskischer und katalanischer Nationalismus, die Probleme hinsichtlich der Zukunft der kanarischen Inseln oder die Konflikte, die aus den Enklaven Ceuta und Melilla mit Marokko erwachsen könnten.

Die schnelle Durchführung der Ratifizierung des Vertrages stieß auf Schwierigkeiten und fand – anders als es die Madrider Regierung wünschte – nicht vor

dem französischen Referendum statt. Spanien konnte dafür mit einem überwältigenden Ergebnis aufwarten: Am 29. Oktober stimmte der Kongreß der Abgeordneten mit 314 Stimmen für den Unionsvertrag, bei nur acht Enthaltungen und drei Gegenstimmen der Herri Batasuna, einer Gruppe baskischer Radikaler. Noch überzeugender fiel das Votum des Senates mit 225 Stimmen für den Vertrag, mit drei Enthaltungen und keiner Gegenstimme aus. Die Abstimmungsergebnisse belegen, daß eine ablehnende Haltung gegenüber Europa nur in den Reihen der Radikalen und in der Nähe der terroristischen Positionen der ETA zu finden ist. Die Ratifizierung des Unionsvertrages belegt den überparteilichen Konsens im spanischen Parlament. Auch die für die Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Union notwendige Verfassungsreform belegt den Konsens. Gerade eine Verfassungsreform war seit der Verfassungsverkündung 1978 absolut tabu. So war es auch nicht verwunderlich, daß die Regierung die besagte Reform im Vorfeld der Vertragsratifizierung vermeiden wollte. Erst als das Verfassungsgericht sie verlangte, kam es zu einem Konsens zwischen González und Aznar, dem Führer der Partido Popular. Später wurde die Verfassungsreform auch von weiteren wichtigen parlamentarischen Kräften wie den katalanischen Nationalisten<sup>9</sup> unterstützt.

#### *Die Konflikte um den EG-Haushalt*

In der Debatte um den Maastrichter Vertrag legt die spanische Regierung besonderes Gewicht auf die wirtschaftliche und soziale Kohäsion. Wie schon 1991 während der Regierungskonferenz, räumte González auch 1992 der Reform des Haushaltes und der Ein- und Umsetzung des Kohäsionsfonds oberste Priorität ein. Spanien wurde zu einem hartnäckigen Verfechter des Delors-II-Paketes, das eine Haushaltserhöhung zwischen 1993 und 1997 vorsieht, um die Einnahmen des Strukturfonds zu verdoppeln und die Schaffung des Kohäsionsfonds zu ermöglichen. Das Paket sieht vor, den Spitzenabgabensatz von 1,2% auf 1,37% des BSP der Zwölf zu erhöhen, während der spanische Vorschlag seinerzeit sogar eine Erhöhung auf 1,6% vorgesehen hatte.

Die Steigerung um diese 0,17% führte zu einer radikalen Polarisierung zwischen der spanischen Regierung, die sich in diesem Punkt unflexibel zeigte, und der britischen Regierung, die jede Erhöhung des Haushaltes der Gemeinschaft verhindern wollte. Dieser Konflikt mit Großbritannien wiederholte sich mit Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, die sich beide dem Vorschlag der Kommission gegenüber verschlossen zeigten. Im Vorfeld des Gipfeltreffens von Lissabon tat sich eine Kluft auf zwischen den Empfängerländern der Gemeinschaft einerseits (Griechenland, Irland, Portugal und Spanien) und den acht verbliebenen Ländern andererseits, die diesen neuen Fonds finanzieren sollten.

Spanien machte – im Gegensatz zu den anderen Empfängerländern – das Thema zu einer Prinzipienfrage und suchte Gespräche über die Erhöhung des Haushaltes. Im Gegenzug verhandelte es – allerdings ohne großen Erfolg – mit Frankreich über die Unterstützung der französischen Position in den GATT-

Verhandlungen und mit Deutschland über seinen Vorschlag eines stärkeren Engagements auf dem Balkan. Trotzdem blieb die wichtigste Karte – wenn auch nicht die ungefährlichste – mit der González ständig hantieren mußte und die in vielen persönlichen Gesprächen mit Kohl und Mitterrand eine Rolle spielte, die Verknüpfung von Haushaltsreform und Erweiterung der Gemeinschaft.

Das spanische Veto gegenüber einer EG-Erweiterung einerseits und das britische Veto mit deutscher Unterstützung gegen eine 1,2%ige Erhöhung andererseits, erschwerten die Verhandlungen in Lissabon. Angesichts der hispanisch-britischen bipolaren Spaltung der Gemeinschaft beschloß der Rat, dieses Thema auf den Gipfel in Edinburgh zu verschieben – eine Entscheidung, die Spanien verhindern wollte. Trotz fehlender konkreter Zahlen im Abschlußkommuniqué – was als eine Niederlage für Spanien gewertet werden muß – erhielt Spanien dennoch aufgrund der Vermittlung durch die portugiesische Präsidentschaft Zugeständnisse: Zum einen wurde der Beginn des Kohäsionsfonds auf den 1. Januar 1993 explizit festgeschrieben, zum anderen wurde die Aufnahme der Erweiterungsverhandlungen von einer endgültigen Beendigung des Ratifikationsprozesses und der Zustimmung zum Delors-II-Paket abhängig gemacht. Jedoch sollte nach den Worten des spanischen Präsidenten, "die Debatte über den Haushalt der Gemeinschaft in den kommenden sechs Monaten eine besonders schwierige sein"<sup>10</sup>.

Tatsächlich verschlechterte sich zwischen Lissabon und Edinburgh die Stimmung. Spanien lehnte den Delors-Vorschlag ab, der den Zeitplan des Kohäsionsfonds bis 1999 verlängern und die Obergrenze des BSP-Anteiles auf 1,32% reduzieren wollte. Ebenso wies es sowohl den Vorschlag der britischen EG-Präsidentschaft, den Kohäsionsfond um 25% zu reduzieren und auf eine Verdoppelung des Strukturfonds zu verzichten als auch eine Erweiterung des Zeitrahmens von fünf auf sieben Jahre zurück. Letzteres hätte die Reduzierung der Finanzen auf höchstens 1,25% des BSP bewirkt. Die spanische Unzufriedenheit mit der britischen Präsidentschaft machte sich sowohl während der Ministerrats-treffen als auch während John Majors Besuch in Madrid am 1. Dezember 1992 bemerkbar. Erst im Anschluß an ein spanisch-französisch-deutsches Ministertreffen am 4. Dezember 1992, zu dem Felipe González mit neuen Verhandlungsvorstellungen anreiste, begannen sich die Positionen zu lockern. Die Drohung, eine Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft zu blockieren, hätte der Haushaltsreform nicht weiter geholfen. Sie wurde ersetzt durch die Forderung eines umfassenden Abkommens, das alle vier sensiblen Themen im Paket lösen sollte: erstens die Ratifizierung von Maastricht einschließlich der Lösung des dänischen Problems, zweitens die Zustimmung zum mit ausreichenden Mitteln ausgestatteten Delors-II-Paket, drittens der Beginn des Verhandlungsprozesses zur Erweiterung der EG ab 1993 und viertens die Festschreibung des Subsidiaritätsprinzips<sup>11</sup>. Ohne Zweifel ermöglichte die flexiblere Position Spaniens eine Annäherung González an die Haltung Kohls, dessen Unterstützung er zur Durchsetzung seiner Interessen gegenüber Großbritannien bedurfte.

Das Ergebnis von Edinburgh mit seinem umfassenden Kompromiß wurde von González mit einer Verhandlungsschärfe erzielt, die ihm den Ruf eines "Thatcher des Südens" auf der Suche nach dem "spanischen Scheck" einhandelte. Er erreichte, daß Spanien bis 1999 nicht zum Nettozahler wird, daß der Strukturfonds verdoppelt wird, daß die Einzahlungsgrenze nicht 1,27% des BSP unterschreitet, und daß innerhalb eines Finanzpaketes die Haushaltsausgaben in der Außenpolitik, der Entwicklung und der Forschung eingeschränkt werden<sup>12</sup>.

#### *Die Erosion der spanischen Europa-Euphorie*

Der Konsens im spanischen Parlament über den Unionsvertrag spiegelt nicht die Debatte wieder, die die Europapolitik der Regierung González in Parlament und Gesellschaft ausgelöst hat. Die versteckte Kritik der politischen Parteien und die Ernüchterung der Gesellschaft an und mit der Europäischen Gemeinschaft wirken in einem von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen geprägten nationalen Klima. Es fällt schwer, zwischen diesen drei miteinander verknüpften Themen – Europäische Gemeinschaft, Wirtschaftskrise und Wahlkampf – zu differenzieren. Folglich ist es nicht verwunderlich, daß die öffentliche Meinung gegenüber Maastricht Unentschlossenheit zeigt (50%) und, angesichts einer politischen und wirtschaftlichen Krise des Landes, deutlich weniger Europa-Euphorie herrscht als früher. Im Oktober 1992 glaubten 66% bzw. 54% der Spanier, daß die wirtschaftliche Situation des Landes schlecht oder sehr schlecht sei<sup>13</sup>.

Die Argumente gegen die EG-Politik Felipe González lassen sich in zwei Thesen gliedern: (1) seine internationalistische Vision gereiche zum Nachteil der spanischen Interessen; (2) seine Besessenheit hinsichtlich einer wirtschaftlichen und technischen Modernisierung Spaniens in "höchstem Tempo" gehe auf Kosten sozialer Errungenschaften.

Die zentrale Kritik der Partido Popular stützt sich auf die erste These. Sie kritisiert den exzessiven "Europäismus" des Präsidenten, der sich vornehmlich internationalen Themen widme und dabei nationale Notwendigkeiten vergäße. Während der Parlamentsdebatte über den Gipfel von Edinburgh beschuldigte die Partido Popular González, er leide an "Europa-Fieber" und übertreibe die Bedeutung des Kohäsionsfonds, dem angesichts eines Umfanges von nur 0,5% des allgemeinen Staatshaushaltes lediglich eine relative Wichtigkeit zufalle<sup>14</sup>. Genauso kritisiert die Partido Popular die ausufernde "europaeuphorische" Reisefreudigkeit des Regierungschefs: Er unternahm in zehn Regierungsjahren 108 Auslandsreisen, aber nur 30 Reisen innerhalb Spaniens<sup>15</sup>. Parallel zu dieser allgemeinen Kritik, äußerte der Präsidentschaftskandidat und González-Herausforderer Jose María Aznar kritische Gedanken, die denen des britischen Premiers Major ähneln. Die Verteidigung der nationalen Parlamente gegenüber EG-Institutionen, der politische Wille, die Kompetenzen der Kommission zu beschneiden, die Kritik am Europäischen Währungssystem und die Sicherung der nationalen Identität bilden Gemeinsamkeiten zwischen konservativen Spaniern und ihren britischen Gesinnungsgenossen<sup>16</sup>.

Die zweite These wird deutlich durch den Wunsch des Wirtschaftsministers Carlos Solchaga, Spanien unter den führenden Wirtschaftsnationen der Gemeinschaft zu sehen. Er forciert den Konvergenzplan, damit Spanien in die dritte Phase der Wirtschafts- und Währungsunion integriert werden kann. Nachdem die spanische Währung wiederholt abgewertet wurde, verstärkten sich die kritischen Stimmen gegenüber einer restriktiven Sparpolitik, die für eine Erfüllung der Konvergenzkriterien notwendig wäre. Innerhalb der parlamentarischen Gruppe der Izquierda Unida, den Gewerkschaften und anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sektoren verbreitet sich die Befürchtung, daß der Konvergenzplan unheilvolle Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft haben könne.

Die Wirtschaftsdaten vom Januar 1993 konstatieren – mit steigender Tendenz – 3 Mio. Arbeitslose, das heißt mehr als 20% der werktätigen Bevölkerung. Das ist ein schwerer Rückschlag für die Regierung. Selbst Jacques Delors gab angesichts dieser Zahlen zu, daß die Arbeitslosenrate für Spanien ein Hindernis auf dem Weg eines "Europas der höchsten Geschwindigkeit" werden könnte. Die Stellungnahme Delors' initiierte eine Debatte über den Konvergenzplan sowohl zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften als auch innerhalb des Kabinetts. Auf die scharfe Kritik des Wirtschaftsministeriums an Delors reagierten die Minister für auswärtige Angelegenheiten und Landwirtschaft mit dem Hinweis, daß es "kein Drama sei", wenn Spanien in das "Europa der höchsten Geschwindigkeit" 1997 nicht integriert werden könne<sup>17</sup>.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten gehen mit eindeutigen Verschleißerscheinungen der politischen Klasse einher. Die Kritik der Gesellschaft an dem Verhalten der Regierenden schließt auch unzählige Korruptionsaffären mit ein. Im Juni 1992 glaubten 43% der Bevölkerung, in der Korruption der Politiker das gegenwärtige Hauptproblem Spaniens zu erkennen. Nach dem Wahlausgang 1993 befragt, antworteten 40%, daß sie sich keine Wiederholung des Wahlsieges der PSOE mit absoluter Mehrheit wünschen<sup>18</sup>.

Felipe González sieht sich einer neuen Situation gegenüber. Das Wertesystem, auf das die Sozialisten in den letzten zehn Jahren aufbauten, steckt in einer Krise. Vor allem die Europapolitik ist betroffen. Auch deshalb hat die Regierung die Informationskampagne über den Unionsvertrag eng an die Feierlichkeiten des zehnjährigen Bestehens der sozialistischen Regierung geknüpft. Trotzdem symbolisiert die Gemeinschaft und damit auch der Maastrichter Vertrag für viele Spanier – im Gegensatz zu früher – etwas Negatives: die Wirtschaftskrise.

Das Gefühl der Bevölkerung für die wirtschaftlichen Probleme fällt in Spanien in die Wahlkampfphase und trägt damit zu einer unterschweligen Ungewißheit bei. Zwar gilt González mit 4,8 Punkten auf der Beliebheitsskala, noch immer als der angesehenste Politiker vor Jose María Aznar, seinem Herausforderer mit 3,8 Punkten. Doch die Unterschiede in der Wahlintention zwischen Sozialistischer Partei und Partido Popular schwinden zunehmend. So wollten im Dezember 1992 nur noch 27,9% der Befragten die PSOE wählen (im Gegensatz zu 33,4% des Vorjahres), während die Zahl für die Partido Popular von 15,5% des Vorjahres, auf 21,1% anstieg<sup>19</sup>.

Das Jahr der Weltausstellung, der Olympischen Spiele und des Vertrages über die Europäische Union hat in Spanien zu einer allgemeinen Skepsis hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Wirtschaft geführt. Diese Skepsis ist von der Konstruktion des gemeinsamen Europa nicht zu trennen und wird noch zusätzlich von der Ungewißheit des Wahlausganges der 1993er Parlamentswahlen und deren möglichen Folgen für das Land auf der iberischen Halbinsel genährt.

### Anmerkungen

Übersetzt aus dem Spanischen von Ralf-Stefan Beppler, Institut für Politikwissenschaft, Universität Mainz.

- 1 Entrevista a Javier Solana, ministro de asuntos exteriores, in: *La Vanguardia* v. 6. 9. 1992, S. 16.
- 2 Vgl. zur Entwicklung dieses Konzeptes: Barbé, Esther: Spanien, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1991/92*, S. 361–368.
- 3 Vgl. dazu auch die Stellungnahme von Rato, Rodrigo, in: *Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados* 224 v. 29. 10. 1992, S. 11100.
- 4 Vgl. *Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados* 175 v. 24. 3. 1992, S. 8582.
- 5 Moncloa defiende ratificar Maastricht como está, pero Solchaga habla de "flexibilizar" el texto, in: *El País* v. 22. 9. 1992, S. 17.
- 6 España lamenta la timidez de la presidencia portuguesa de la Comunidad Europea, in: *El País* v. 29. 4. 1992.
- 7 Vgl. Moravcsik, A.: *Negotiating the Single European Act*, in: Keohane, R. O./Hoffmann, S.: *The European Community*, Boulder 1991, S. 46.
- 8 Vgl. Barbé, E./Grasa, R.: *La Comunitat Europea i la Nova Europa*, Barcelona 1992, S. 180.
- 9 González y Aznar pactaron las vías para variar la Constitución y ratificar Maastricht, in: *La Vanguardia* v. 3. 7. 1992, S. 10.
- 10 Vgl. *Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados* 204 v. 1. 7. 1992, S. 10023.
- 11 España bloqueará la cumbre de la CE si no hay un acuerdo global, in: *La Vanguardia* v. 11. 12. 1992.
- 12 España obtiene satisfacción sacrificando el interés general, in: *El País* v. 13. 12. 1992.
- 13 Vgl. *Eurobarómetro* 37, 38 und 39; El 66% de los españoles cree que la economía va mal, in: *El País* v. 11. 10. 1992.
- 14 Vgl. *Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados* 238 v. 15. 12. 1992, S. 12023.
- 15 Más fuera que dentro, in: *El País* v. 17. 2. 1992.
- 16 Vgl. dazu die Stellungnahme von Rato, Rodrigo, in: *Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados* 224 v. 29. 10. 1992, S. 11086.
- 17 Solchaga descalifica a Delors como juez de la economía española, in: *El País* v. 13. 2. 1993.
- 18 Los españoles no quieren que el PSOE obtenga de nuevo la mayoría absoluta, según una encuesta del CIS, in: *El País* v. 22. 11. 1992.
- 19 El PP reduce a 6,8 puntos la distancia con el PSOE, in: *El País* v. 20. 12. 1992.

### Weiterführende Literatur

Alonso Zaldivar, C./Castells, M.: *España, fin de siglo*, Madrid 1992.  
 Barbé, E./Grasa, R.: *La Comunitat Europea i la Nova Europa*, Barcelona 1992.

Rodrigo, F.: *The End of the Reluctant Partner: Spain and Western Security in the 1990s*, in: Aliboni, R.: *Southern European Security in the 1990s*, London 1992.